

Das Gespenst des Jakobinismus

Das hervorstechendste Merkmal unserer Zeit ist das allgemeine Streben und die tiefe Sehnsucht nach Sicherheit — nach Sicherheit vor der Vernichtung durch Krieg, nach wirtschaftlicher Sicherheit, nach Sicherheit des gesellschaftlichen Status. In diese geradezu sicherheitssüchtige Zeit platzt der Publizist *Winfried Martini* mit einem Buch, das den provozierenden Titel trägt: „Das Ende aller Sicherheit — Eine Kritik des Westens“.¹⁾ Schuld an diesem Ende aller Sicherheit sei die Demokratie, meint Martini und versucht diese These auf 350 Seiten zu beweisen.

Es gibt wohl keine Regierungsform, die so vieldeutiger Auslegungen fähig, keine, die ständig einer so starken Kritik seitens ihrer Feinde, vor allem aber auch seitens ihrer Freunde, ausgesetzt ist, wie die demokratische. Aber auch keine, die so große gesellschaftliche Aufgaben hätte bewältigen können, wie es ihr in den Ländern gelungen ist, in denen Zeit und Umstände es ihr erlaubt haben, sich stetig zu entwickeln und sich zu befestigen. Nur in den in Generationen kontinuierlich fortentwickelten Demokratien der skandinavischen Länder, der Schweiz, Englands und Amerikas ist es gelungen, den Übergang vom Massenelend der frühkapitalistischen Ära zum modernen „Wohlfahrtsstaat“ zu vollziehen, ohne daß dabei die bürgerlichen Grundrechte, die Freiheit und Würde des Menschen zerstört wurden. Keines dieser Länder hat ein soziales Paradies geschaffen, in keinem herrscht die absolute, die vollkommene Gerechtigkeit. Man muß keineswegs ein Perfektionist sein, um viele Ansatzpunkte der Kritik zu finden. Und in jedem dieser Länder sind ununterbrochen Gruppen und Einzelpersonlichkeiten am Werk, um durch Kritik; Gesetzesvorschläge, öffentliche Agitation, Organisation sozialer oder wirtschaftlicher Experimente und Pionierleistungen der verschiedensten Art wirkliche oder vermeintliche Schäden, Rückständigkeit oder Ungerechtigkeiten zu bekämpfen und zu beseitigen. So befindet sich das Ganze in einem ständigen Fluß. In dieser ständigen Veränderung, ständigen Entwicklung liegt die Stärke und die Legitimation der Demokratie, liegt ihre Überlegenheit gegenüber allen anderen Regierungsformen, zugleich aber auch ihre Schwäche und ihre Verwundbarkeit, da sie ja ihren Gegnern stets selber die Waffen liefert. Das kann sie auch nicht ändern, ohne ihre eigene Grundlage, die Freiheit der Kritik, zu zerstören. Darum hat *Churchill* durchaus recht, wenn er sagt, die Demokratie sei die schlechteste Regierungsform — außer allen anderen, mit denen man es versucht habe.

Das Bonmot *Churchills*, das wirklich den Kern des Problems trifft, stört Martini, der ausgerechnet die Diktatur des Professors *Salazar* in Portugal als Beweis dafür anführt, daß *Churchill* hier irre und daß auch ein Regierungssystem denkbar sei, das weder demokratisch, noch totalitär ist, in dem aber trotzdem die Freiheit und die Würde des Menschen gewahrt bleiben. Allerdings muß Martini mit Bedauern feststellen, daß auch *Salazar*, obwohl er doch ein so weiser und gebildeter Herr ist, eine freie Kritik nicht zuläßt. Martini tröstet uns über diesen Schönheitsfehler des Regimes mit der hingeworfenen Behauptung hinweg, er sei wohl nur in den besonderen portugiesischen Bedingungen begründet, keineswegs aber in dem diktatorischen Regime als solchem.

Martini ist ein sehr kluger und politisch sehr gebildeter Publizist. Er sagt von sich selber, daß er in seiner studentischen Jugend überzeugter Demokrat war, aber durch die Schwäche der Weimarer Republik, die in der Krise seit 1930 zutage trat, dann durch das Erleben des Dritten Reiches zu der Erkenntnis gekommen ist, daß die Demokratien strukturell unfähig sind, in einer ernsten Krise — vor allem in einem Konflikt mit dem Osten — die totalitären Kräfte abzuwehren. Das gewaltige Wirtschafts- und Kriegspotential der Vereinigten Staaten verleite dazu, meint Martini, die Unzulänglichkeit ihrer „großen Politik“, ihr strukturelles Unvermögen zu langfristiger Planung zu übersehen, die sich

1) Winfried Martini, Das Ende aller Sicherheit. Eine Kritik des Westens. Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 1954, geb. 12,80 DM.

unter anderem in der Unfähigkeit zeige, nach dem Siege in zwei Weltkriegen auch den Frieden zu gewinnen. „Das westeuropäische Potential würde ausreichen“, meint Martini, „die neutralisierende dritte Kraft, wie es in der Tat wünschenswert wäre, zwischen die beiden rivalisierenden Machtblöcke zu schieben. Aber es fehlen der politische Wille und die politische Möglichkeit, dieses Potential auch zu organisieren, und nur ein Blinder vermag nicht zu sehen, daß das Fehlen dieses Willens und dieser Möglichkeit strukturell mit der Demokratie zusammenhängt: so reicht es nur zur ‚dritten Ohnmacht‘ aus, wie de Gaulle mit einer nur allzu berechtigten Ironie einmal sagte.“

Wer die Ohnmacht der Weimarer Republik gegenüber dem Ansturm der Nazis und dann später das Versagen Frankreichs zunächst gegenüber Hitlers Politik des kalten Krieges und dann gegenüber der Blitzkriegstrategie der Wehrmacht erlebte, wird leicht dazu neigen, Martini recht zu geben. Auch das erstaunliche Beispiel von Mut und Unerschütterlichkeit, das die englische Demokratie in der Stunde tödlicher Gefahr gegeben hat, kann den Zweifler an der Fähigkeit der Demokratien zu langfristigem planvollem Handeln nicht vom Gegenteil überzeugen. Zwar waren es die angelsächsischen Demokratien, die in zwei Weltkriegen den Sieg davongetragen und eine außerordentliche Zähigkeit und Beharrlichkeit in der Verfolgung ihrer unmittelbaren Kriegsziele an den Tag gelegt haben, jedoch mit dem Ergebnis, daß sie sich bald nach dem Sieg einer erneuerten und vergrößerten Gefahr gegenübersehen. Sie haben zwar gesiegt, vielleicht aber sind sie nur „noch einmal davongekommen“. Denn wenn die Gefahr nicht Deutschland war, sondern der Totalitarismus und Militarismus, dann ist der wirkliche Gegner der Demokratien gerade infolge der von den Demokratien siegreich beendeten Kriege jedesmal mächtiger geworden als je zuvor.

Dennoch stecken in einer solchen Gegenüberstellung, der man häufig begegnet, die entscheidenden Fehler in der Argumentation Martinis und aller derer, die grundsätzlich an der Fähigkeit der Demokratien zweifeln, in den großen Spannungen unserer Zeit bestehen zu können. Martini ist ja der Sprecher für viele. Darum leitet er sein Buch mit der kühnen Behauptung ein: „Fast alle ahnen es, viele wissen es, nur wenige sprechen es aus: Die moderne Demokratie hat ihren Höhepunkt überschritten.“ Daß viele es ahnen oder fürchten, stimmt zweifellos, wie der Erfolg der modernen pessimistischen Utopien beweist, die ja nur Ausdruck dieser beängstigenden Ahnungen sind. Die Behauptung, daß viele es wissen, ist jedoch ebenso offensichtlich falsch. Niemand weiß es nämlich, auch nicht Martini. Keine Theorie, keine noch so scharfsinnige Analyse der in der Gegenwart wirkenden Kräfte wird die Antwort geben, die von der Geschichte noch als sorgfältig gehütetes Geheimnis gewahrt wird.

Die Fehler in dem defaitistischen Gedankengang Martinis liegen einerseits in der Überschätzung der Bedeutung langfristiger Planung überhaupt, in der Überschätzung des Planungselements bei den totalitären und autoritären Regierungsformen im besonderen, andererseits in der Unterschätzung der Fähigkeit der Demokratien, vorausschauend zu handeln. *Hitler* und *Mussolini* haben sich in den Untergang geplant. Die Russen haben eine realistischere Politik getrieben, aber keineswegs entwickelt sich bei ihnen alles planmäßig, am wenigsten in der Politik. Gerade die jüngsten Entwicklungen in der Sowjetunion erweisen es aufs neue. Überlegen zeigten sie sich bisher allerdings zweifellos in der Ausnützung der Schwächen ihrer Gegner. Das traf übrigens auch auf Hitler zu. Es wurde bereits erwähnt, daß eine der unabänderlichen Schwächen der Demokratie darin besteht, daß sie den Gegnern ständig politische Waffen liefert. Sie muß ihre inneren Gegensätze offen austragen, muß gewissermaßen laut denken, muß die öffentliche Kritik, die öffentliche Debatte und die öffentliche Kontrolle ihrer Politik zulassen. Diese Schwäche kann sie nur ablegen, indem sie sich selbst liquidiert. Gerade das empfiehlt Martini: Beseitigung der Freiheiten, die das Wesen der Demokratie ausmachen, um die Freiheit und Würde der

Persönlichkeit zu retten, die sonst zusammen mit der Demokratie von den totalitären Kräften innerhalb und außerhalb der demokratischen Länder überrannt werde, wie es schon in so vielen Ländern geschehen ist. Da er jedoch als Ersatz für die Demokratie nichts besseres als das Diktatorsystem des Professors Salazar zu bieten hat, bedeutet sein Vorschlag in der politischen Wirklichkeit nicht mehr und nicht weniger als die Aufforderung an die Demokratien, Selbstmord aus Angst vor dem Tode zu begehen.

Wie schon gesagt, drückt Martini die Zweifel aus, die auch viele aufrichtige Anhänger der Demokratie angesichts der Schwächen dieser Regierungsform und angesichts der anscheinend unbeirrbaren Zielstrebigkeit der Totalitären befallen haben. Wichtiger aber noch ist, daß innerhalb der Demokratien eine starke und nach Martinis Meinung ständig wachsende Tendenz am Werke ist, die nach der demokratischen Gesetzmäßigkeit selber zum Totalitarismus führen muß, wenn sie nicht durch Eingriffe in die demokratische Struktur des Regierungssystems an ihrer Entfaltung gehindert wird. Es ist dies der *Jakobinismus*, der als Komponente in jeder Demokratie wirksam ist. Das *Rousseausche* Ideal des Jakobinismus, die *volonte generale*, also der „allgemeine Wille“, der „Volkswille“, der nicht identisch ist mit dem Willen der Mehrheit, ist zweifellos ein totalitäres Ideal, das nur in der Form einer totalitären Diktatur verwirklicht werden kann. Auch wir sind der Ansicht, daß diese jakobinische Komponente der Demokratie eine große innere Gefahrenquelle der demokratischen Systeme ist und daß eine demokratische Regierungsform um so stabiler und lebensfähiger ist, je besser es ihr gelingt, die jakobinischen Tendenzen so zu kanalisieren, daß sie ein befruchtendes Element werden. Wir möchten noch einen Schritt weitergehen und behaupten, daß Demokratie nichts anderes ist, als der ständige, ununterbrochene Prozeß der Einverleibung, der — um das Modewort zu gebrauchen — „Integrierung“ der jakobinischen Kräfte in das Staats- und Gesellschaftsgefüge, und zwar derart, daß auch das zerstörerische Element in ihnen sich positiv für die Erhaltung der demokratischen Freiheiten auswirkt. Martini bestreitet — und das ist der Kern seiner ganzen Argumentation —, daß das möglich sei. Das jakobinische Element führt nach seiner Ansicht schließlich zur Zerstörung der Demokratie und zur Vernichtung aller Freiheit. Wehe den Minderheiten! ruft er aus. Sie sind verloren, wenn die Jakobiner siegen und die *volonte generale*, den „Gemeinwillen“ verwirklichen. Alle Sicherheit hat dann ein Ende.

Was ist die jakobinische Komponente in der Demokratie? Wir brauchen uns nicht auf gelehrte Untersuchungen der Lehren Rousseaus einzulassen. Sie sind keine lebendige Kraft mehr, oder besser, soweit von Rousseau entwickelte Gedankengänge heute eine politische Rolle spielen, ist das nicht der Fall, weil seine Lehren nachwirken, sondern weil es sich um Probleme der Massendemokratie handelt, die immer aufs neue spontan entstehen und eine Lösung fordern. Immer wieder geht es um die Formung und Geltendmachung eines oder „des“ Massenwillens. Auf den Massenwillen beriefen sich die Nazis und die Bolschewisten, berufen sich sogar die Kommunisten in der Bundesrepublik, obwohl keine 3 vH der Massen ihren Willen durch die KPD vertreten sehen wollen. Der Begriff der Volkssouveränität, der die theoretische Basis der Demokratie bildet, wird in der Tat von den modernen totalitären Systemen übernommen. Sie legen dort, wo sie an der Macht sind, großen Wert darauf, durch „Wahlen“ mit fast hundertprozentigen Zustimmungsergebnissen nachzuweisen, daß sie tatsächlich die *volonte generale* vertreten. Man kann darin eine Bestätigung dafür sehen, daß unter den heutigen Verhältnissen keine andere Quelle der Legitimität denkbar erscheint oder akzeptiert wird, als der Volkswille, und daß das Bedürfnis, sich auf diese Quelle der Legitimität zu berufen, so stark ist, daß selbst die Diktaturen lieber den Volkswillen fälschen, und sei es mit noch so primitiven Mitteln, als ihre Herrschaft aus irgendeinem anderen Prinzip heraus zu rechtfertigen versuchen. Im übrigen behauptet Martini, daß z. B. im Dritten Reich zumindest bis zum Kriegsausbruch Hitler wahrschein-

lich auch ohne Terror über 60 vH der Wählerstimmen bekommen haben würde, daß er also zeitweilig durchaus über eine echte absolute Mehrheit verfügt hätte. Darin sieht Martini die praktische Bestätigung für die Theorie, daß das souveräne Volk in bestimmten Situationen im Namen der Demokratie sich selbst auszuschalten bereit ist, um die Despotie einer Partei oder eines Führers als legitim zu bestätigen. Auf diese mögliche fatale Konsequenz der Volkssouveränität hat, wie Martini hervorhebt, schon im Jahre 1919 Leonard Nelson hingewiesen, als er eindringlich davor warnte, sich darauf zu verlassen, daß der Volkswille stets auf das Recht und die Freiheit gerichtet sei. Hitler ist also in Martinis Gedankengang eine Konsequenz der Demokratie, und zwar der reinen Demokratie, wie sie von Rousseau gelehrt und vom Jakobinerklub in der Französischen Revolution zu verwirklichen versucht wurde. In den totalitären Systemen unserer Zeit findet der Satz Rousseaus seine Verwirklichung: „Wie die Natur jedem Menschen eine unbeschränkte Gewalt über alle seine Glieder gibt, so gibt der Gesellschaftsvertrag diese Gewalt dem Staatskörper.“

Die jakobinische Komponente in der Demokratie ist demnach der uneingeschränkte Wille einer ungegliederten Masse von gleichberechtigten Staatsbürgern (citoyens, „Volks-genossen“). „Man wird“, schreibt Martini, „daher unter der ‚jakobinischen Komponente‘ der modernen Demokratie jene Komponente zu verstehen haben, welche in der modernen Lehre von der Volkssouveränität enthalten ist. Während wir heute den Begriff der Demokratie weiterfassen, also nicht nur die Herrschaft des Volkssouveräns unter ihr verstehen, ist jene Komponente doch das eigentlich demokratische Element. Es hat in der jakobinischen Praxis nicht seine ‚Überspitzung‘, sondern seine erste Erfüllung und Verwirklichung erfahren: Die Jakobiner waren die Theologen der Volkssouveränität, und ihr Handeln war durch Rousseau legitimiert.“

Die Kritiker der verschiedenen parlamentarischen Systeme, soweit sie vom Boden der Demokratie aus kritisieren, spitzen ihre Argumentation meist zu auf die Vorwürfe, daß das parlamentarische Repräsentativsystem erstens den Volkswillen nicht rein zum Ausdruck bringe, zweitens die Exekutive nicht genügend vom Parlament kontrolliert werden könne (ein Vorwurf, der speziell in der Bundesrepublik erhoben wird), drittens, daß außer dem Wählerwillen noch zahlreiche andere Einflüsse offen oder versteckt im Parlament und in der Regierung sich durchsetzen, und schließlich, daß die demokratische Gleichheit nur rein formal verwirklicht sei, daß wegen der Ungleichheit des Besitzes, der Bildung und der wirtschaftlichen Einflußmöglichkeiten von einer echten Gleichheit auch politisch nicht die Rede sein könne (Alfred Webers berühmte „Plüschsesselinflüsse“). Bei all diesen Einwänden gegen die Verfassungswirklichkeit der westlichen Demokratie handelt es sich teils um Einwände gegen die liberalen oder die antijakobinischen Kräfte in der modernen Demokratie, d. h. die Kräfte, die die Allmacht des Volkssouveräns konstitutionell beschränken wollen, so wie sie einst die Allmacht des fürstlichen Souveräns konstitutionell einzuschränken versuchten; zum andern Teil aber gegen Kräfte, wie vor allem die Bürokratie, die aus der modernen Gesellschaft heraus erwachsen. In der konstitutionell beschränkten Demokratie sollen die Gesetze herrschen. Ihre Herrschaft soll gesichert werden durch die Teilung der Gewalten, wie es Montesquieu lehrte. Nur dadurch konnten und können in einer Demokratie die persönlichen Freiheiten, der private, vom Staat nicht kontrollierte Bereich, gesichert werden.

Nie und nirgends hat die staatliche Wirklichkeit den Grundsätzen der Teilung der Gewalten ganz entsprochen. Aber doch ist sie diesem Prinzip in den erfolgreichen Demokratien genügend angenähert worden, um die Hauptaufgabe zu erfüllen: die Sicherung der grundlegenden persönlichen und politischen Freiheiten. Mehr und mehr jedoch, behauptet Martini und mit ihm andere Kritiker der Demokratie, werden die Grundrechte in den modernen Demokratien eingeengt, mehr und mehr wird auch das Prinzip der Teilung der Gewalten zur reinen Fiktion, der keinerlei Wirklichkeit mehr entspricht. Viele

Kräfte wirken auf die Aushöhlung des Prinzips hin und unterminieren nicht nur die Freiheiten, sondern auch den Freiheitsbegriff. Vor allem die Identifizierung von Staat und Gesellschaft hebt grundsätzlich jeden privaten Bezirk auf, macht grundsätzlich alles zur Sache des Staates, und allein schon durch die permanente Mobilisierung der Wählerschaft politisiert sie das gesamte Leben.

„Das Schicksal der persönlichen Freiheit hängt also heute — im Gegensatz zum 19. Jahrhundert — weniger von einer grundsätzlichen Verpflichtung des Staates als mehr davon ab, daß irgendeine Gruppe noch nicht zur ausschließlichen Herrschaft gelangt, zum ausschließlichen Vollzugsorgan der *volonte generale* geworden ist. Das aber gewährt nur einen fragwürdigen Schutz vor dem Untergang der persönlichen Freiheit: man denke nur an die immer und überall drohende Möglichkeit einer akuten aufwühlenden Krise, in der der Volkssouverän erfahrungsgemäß auf die individuelle Freiheit nur einen geringen Wert zu legen pflegt . . . Man denke auch an den DGB: Mit Streikdrohungen machte er sich in der Frage des Mitbestimmungsrechts Legislative und Exekutive gefügig, und mit einem Streik der Gewerkschaft Druck und Papier suchte er die Presse einzuschüchtern. In seiner berüchtigten Vredener Rede . . . erhob Christian Fette den Führungsanspruch des DGB: die Gewerkschaft sei ‚die öffentliche Organisation‘, die ‚einzige, die einen maßgeblichen Einfluß im Staat mit Recht fordern kann‘ . . . Ihr Interesse decke sich ‚mit den Interessen der Allgemeinheit‘, und sie könne nur dann Erfolg haben, ‚wenn sie ihr großes Ziel darin sieht, sich vor die Entwicklung der Allgemeinheit zu setzen‘. Nehmen wir noch die . . . Drohungen hinzu . . ., dann haben wir einen höchst ungenierten Ausdruck für die Identifizierung einer Machtgruppe mit der *volonte generale* vor uns.“ (Martini, Seite 311.)

Nun war es in Wirklichkeit immer so, daß der Bestand der Demokratie letzten Endes dadurch garantiert war, daß nicht eine Gruppe zur ausschließlichen Herrschaft gelangte. In politisch ruhigen Zeiten tritt das lediglich nicht so deutlich in Erscheinung. Voraussetzung für das Funktionieren des Spiels der checks and balances, des Spiels der Gewichte und Gegengewichte in der Verfassung, war immer, daß die sozialen Gruppen, die den Staat tragen, sich gleichfalls einigermaßen die Waage halten und an der Erhaltung des bestehenden Regierungssystems interessiert sind. Jede Erschütterung und Verlagerung des sozialen Gleichgewichts der Kräfte wirkt auf das Gleichgewicht der staatlichen Institutionen zurück. In „normalen“ Zeiten werden solche Erschütterungen und Verlagerungen von den Institutionen aufgefangen, wobei es übrigens stets zu Anpassungen in der Gestalt von Reformen auch in diesen Institutionen kommt. Wenn also heute das Schicksal der persönlichen Freiheit darauf beruht, daß noch nicht irgendeine Gruppe zur ausschließlichen Herrschaft gelangt ist, liegt darin eigentlich kein Grund zur Beunruhigung. Martini hält diesen Schutz für fragwürdig und verweist auf die Rolle der Gewerkschaften. In der „Neigung der Gewerkschaften zum Jakobinismus“ sieht er die eine große Gefahr für die Erhaltung der Freiheit. Die andere liegt nach seiner Meinung in den Erfordernissen der Außenpolitik, oder vielmehr darin, daß die Außenpolitik unter den Druck der Massentimmungen gesetzt wird. Und gerade in der Außenpolitik dürfe es nicht anders als streng rational zugehen.

„Indem die Außenpolitik heute nicht mehr, oder jedenfalls in einem höchst unzureichenden Maße, ihrer eigenen ‚raison‘ folgt, indem sie weitgehend zum Treibholz der öffentlichen Stimmungen wird, indem sie also weitgehend in Innenpolitik verkehrt wurde, ist die Frage berechtigt, wieweit demokratische Außenpolitik noch in der Lage ist und sein kann, das westliche Freiheitsziel zu verfolgen und zu sichern . . .“ (Martini, Seite 307.)

Auch hier spricht Martini aus, was viele denken oder empfinden. Zwar ist es richtig, daß es in der Außenpolitik im allgemeinen wesentlich rationaler zugeht als in der Innenpolitik, ebenso, daß in Demokratien im allgemeinen die Innenpolitik den Primat beansprucht und infolgedessen die Außenpolitik unter Umständen ungebührlich von Stimmungsfaktoren beeinflusst wird. Die Lähmung der Demokratien gegenüber der Aggressionspolitik Hitlers bis in die erste Periode des Krieges hinein ist ein warnendes Beispiel unter vielen. Aber war Hitlers Außenpolitik denn im ganzen, worauf es ja schließlich ankommt, den Demokratien überlegen? Auf der andern Seite steht Yalta. Die Massentimmungen hatten auf den Verlauf dieser Konferenz keinen Einfluß gehabt. Wenn die demokratischen Politiker sich dort den totalitären unterlegen zeigten, so darum, weil

einfach die politischen Qualitäten der die westlichen Demokratien vertretenden Staatsmänner den russischen unterlegen waren. Das ist keine notwendige Folge der Demokratie. Auch autoritär geführte Staaten haben in der Vergangenheit und Gegenwart schlechte Politik gemacht und viele sind daran zugrunde gegangen. Politische Kurzsichtigkeit ist kein Privileg irgendeines Systems.

Dennoch bedeutet die Mobilisierung der Leidenschaften der Massen in kritischen Situationen eine Gefahr für die außenpolitische Handlungsfreiheit einer Demokratie. Das trifft doch aber nur dann zu, wenn das demokratische System nicht wirklich verankert und stabilisiert ist. Dasselbe gilt dann aber für jede andere Staats- und Regierungsform. Ist sie nicht im Volk verankert, nicht innerlich von den tragenden Schichten eines Volkes anerkannt, wird sie in jeder außenpolitisch kritischen Situation gefährdet sein und daher eine Außenpolitik betreiben, die insofern nicht rein rational ist, als sie vor allem darauf aus sein muß, aus der Krise irgendwie herauszukommen, ehe die feindlichen Kräfte im Innern Gelegenheit haben, die kritische Situation des Staates für sich auszunützen. Unter solchen Umständen wird auch eine autoritäre oder totalitäre Regierung aus innenpolitischen Gründen sich vielleicht für eine Außenpolitik des appeasement oder aber gerade der Aggressivität — zur Ablenkung von der inneren Krise — entschließen, die keineswegs einer ruhigen, kühl abwägenden Vertretung der äußeren Interessen des Staates entspringt. Es ist nicht der Jakobinismus in der Demokratie, der ihre außenpolitische Schwäche gegenüber einem totalitären Gegner ausmacht. Wenn sie größere Schwächen in der Führung der Außenpolitik aufweist als andere Regierungsformen — worüber man sehr streiten kann —, dann wegen der Schwerfälligkeit ihres Systems der Beschlußfassung. Das aber ist zugleich eine Stärke. Es ist ein Schutz vor leichtfertigen Abenteuern, wie gerade die jüngste Geschichte der angelsächsischen Demokratien gleichfalls lehrt.

Wir sind weit davon entfernt, das demokratisch-parlamentarische System idealisieren zu wollen, aber wir kennen keine bessere Staatsform, auch keine, die besser geeignet wäre, uns gegen die totalitäre Bedrohung zu schützen. Es bedeutet keineswegs das „Ende aller Sicherheit“, wenn wir aufhören, Anforderungen an sie zu stellen, die weder sie, noch irgendeine andere denkbare Staatsform erfüllen kann. Aber wir sollen ihre Möglichkeiten voll ausschöpfen. Vor allem die Möglichkeiten, die in ihr für die Entwicklung von gesellschaftlichen Substrukturen gegeben sind, von denen die Gewerkschaften wohl die wichtigsten sind. Bundespräsident *Prof. Heuss* hat in seiner mit Recht außerordentlich beachteten Begrüßungsansprache an den Frankfurter Bundeskongreß „die sammelnde und ordnende Kraft der Gewerkschaften“ hervorgehoben. Gerade diese sammelnde und ordnende Kraft, die das Gegenteil von Jakobinismus ist, macht sie zu einer unentbehrlichen Substruktur eines jeden demokratischen Staatswesens. Sie können diese Kraft aber auch nur in einer Demokratie voll entwickeln. Gerade in dem, was man den deutschen Gewerkschaften in letzter Zeit in der Öffentlichkeit so oft vorgeworfen hat, hat sich diese ihre sammelnde und ordnende Kraft bewährt. Sie haben in ihren Reihen eine Auseinandersetzung geführt, und führen sie noch, mit dem, was Martini als Jakobinismus bezeichnet. Diesen Jakobinismus gibt es aber auch in anderen Gesellschaftsgruppen und -Organisationen. Dort setzt man sich jedoch nicht annähernd so entschieden mit ihm auseinander, wie das in den Gewerkschaften begonnen hat.

Wir können auch schon jetzt verraten, daß diese innere Auseinandersetzung niemals zum Abschluß kommen wird, sondern in veränderter Form und unter neuen Fragestellungen immer von neuem notwendig sein wird. Der Jakobinismus gehört zu den politischen Erscheinungen, die nicht ein für allemal überwunden werden können, sondern immer nur für eine gegebene Periode, eine bestimmte gesellschaftliche Struktur, eine bestimmte politische Situation. Jede gesellschaftliche Strukturveränderung — und sie ist schließlich stän-

dig im Gange — führt irgendwann zu einem Neuerwachen jakobinischer Tendenzen und zwingt die Gesellschaft als Ganzes und ihre Substrukturen, diese Tendenzen durch Anpassung an die Strukturveränderungen zu überwinden. Erfolgen die gesellschaftlichen Wandlungen sehr schnell und gehen sie sehr tief, kann es natürlich geschehen, daß die Überwindung der Krise nicht friedlich gelingt. Es ist nicht anzunehmen, daß die Geschichte der Revolutionen abgeschlossen ist. Gegen Revolutionen ist aber keine Staatsform geschützt, weder eine demokratische noch eine autoritäre. Demokratien haben sich jedoch gegen Revolutionen überall dort als außerordentlich immun erwiesen, wo sie Zeit hatten, sich zu festigen und solche Substrukturen, wie die Gewerkschaften, dem sozialen und politischen Leben der Nation wirklich einzuverleiben, so daß sie mit oder ohne gesetzliche Verankerung unlösliche und unentbehrliche Bestandteile des ganzen Geflechts von Organen der gesellschaftlichen Willensbildung wurden. Nur wo die Demokratie, wie in Deutschland nach 1918, von Anfang an über großen Belastungen ausgesetzt war, wurde sie Opfer des kombinierten Angriffs jakobinischer Bewegungen und autoritärer und reaktionärer Kräfte. Erst diese Kombination brachte die Weimarer Republik zu Fall. Mit den jakobinischen Massen Hitlers allein wäre sie fertig geworden, wie sie mit den Kommunisten fertig wurde. Ohne die Massen wäre zwar Hitler nicht zur Macht gekommen, aber die Massen allein hätten ihn niemals zur Macht getragen. Es bedurfte der Konspirateure in Armee, Junkertum und Industrie, die ihm erst die Tür zur Macht öffneten. Nicht darin, daß Massen ihre Forderungen an Staat und Gesellschaft anmelden, liegt die Gefahr für die Demokratie, sondern darin, daß Konspirateure in Schlüsselstellungen die Demokratie unterhöhlen und auf ein autoritäres Regime hinarbeiten. Wenn Martini uns jetzt die Salazardiktatur als Modell empfiehlt, macht er sich zum Sprecher und Theoretiker solcher Kreise und lenkt die Aufmerksamkeit von diesen wirklichen Feinden der Demokratie ab, indem er mit dem Finger auf die Jakobiner weist. Die sind keine Gefahr, solange das Gebäude der Demokratie nicht von innen zerfressen ist. Sie sind vielmehr ein anspornendes Element, das die Demokratie vor Verkalkung und Verfettung schützt. Gefährlich sind die Defaitisten der Demokratie, die in politisch und gesellschaftlich einflußreichen Stellungen die demokratische Verfassung und den Glauben an die Lebensfähigkeit der Demokratie untergraben. Liefert man dazu noch eine Theorie, macht man aus dem Defaitismus eine intellektuelle Mode, dann folgt man den Spuren, die in den Untergang der Weimarer Republik führten.

THOMAS MANN

Jede Bestimmung der Demokratie ist ungenügend, ungenügend für den Glauben an sie, die sich im bloß Technisch-Politischen hält. Man muß die Demokratie als diejenige Staats- und Gesellschaftsform bestimmen, welche vor jeder anderen inspiriert ist von dem Gefühl und Bewußtsein der Würde des Menschen.

Wenn der Sinn für die Würde des Menschen die moralische Bestimmung der Demokratie ist, so ergibt sich ihre psychologische Definition aus diesem ihrem Willen zur Versöhnung und Vereinigung von Erkenntnis und Kunst, Geist und Leben, Gedanke und Tat.